

**Roberto Di Nino**

dipl. Wirtschaftsprüfer, dipl. Treuhandexperte, dipl. Experte RL & Controlling
Mitglied des Instituts für die Eingeschränkte Revision von TREUHAND|SUISSE
GREVAG AG, Langenthal
dinino@treuhandswiss-be.ch

Risiken und Fallstricke von punktuellen Revisionsdienstleistungen bei KMU

Punktuelle Revisionsdienstleistungen (das heisst Prüfungen bei Gründungen, Umstrukturierungen usw.) orientieren sich auch bei KMU nicht am Konzept der eingeschränkten Revision. Dies führt für KMU-Revisoren zu grossen Herausforderungen. Der folgende Beitrag gewährt einen Überblick über ausgewählte Praxisprobleme von eingeschränkt revidierenden Prüfern und illustriert anhand von konkreten Beispielen Risiken und Fallstricke.

1. Einleitung

1.1 Ausgangslage

Mit Wirkung seit dem 1. Januar 2008 wurde das Revisionsrecht umfassend reformiert. Im Mittelpunkt stand die Schaffung eines zweiteiligen Revisionskonzepts: Die Reform schaffte eine Unterscheidung zwischen der sog. **ordentlichen Revision**, welche auf grosse Unternehmen ausgerichtet ist, und einer sog. **eingeschränkten Revision**, welche sich inzwischen als eigentliche «KMU-Revision» etabliert hat. Mit Beschluss des Bundesrats vom 31. August 2011 wurden die für die ordentliche Revisionspflicht massgebenden Schwellenwerte deutlich angehoben und dadurch in der Konsequenz der Anwendungsbereich der eingeschränkten Revision erweitert. Mit dieser Ausdehnung der Bedeutung der eingeschränkten Revision wurde den Bedürfnissen aus der Praxis nach einer praktikablen Revisionsform für mittelgrosse Unternehmen angemessen Rechnung getragen. Ein weiteres Element prägte diese Reform des Revisionsrechts mit, nämlich die Einführung einer staatlichen Zulassung für die Erbringung von Revisionsdienstleistungen. Für die Durchführung von eingeschränkten Revisionen bedarf es der Zulassung als **Revisor**. Für die Durchführung von ordentlichen Revisionen ist eine Zulassung als **Revisionsexperte** beziehungsweise – im Falle von Publikumsgesellschaften –

eine Zulassung als **staatlich beaufsichtigtes Revisionsunternehmen** Voraussetzung.

Allerdings: Die Zulassungspflicht umfasst **alle gesetzlich vorgeschriebenen Revisionsdienstleistungen**. Dazu gehören nicht nur die periodischen Abschlussprüfungen – sei dies in der Form der ordentlichen Revision oder der eingeschränkten Revision –, sondern die Zulassungspflicht erstreckt sich ebenfalls auf die sog. **punktuelle Revisionsdienstleistungen**.

Die Differenzierung des Revisionskonzepts, wie sie im Bereich der periodischen Abschlussprüfung – mit der Unterscheidung zwischen einer «strengeren» ordentlichen Revision und einer «liberaleren» eingeschränkten Revision – gilt, greift im Bereich der punktuellen Prüfungen nicht konsequent. Das Instrumentarium der eingeschränkten Revision deckt hier die Anforderungen und Bedürfnisse nicht zureichend ab. Dies stellt die KMU-Revisoren, welche sich im Bereich der periodischen Abschlussprüfungen auf Mandate im Segment der eingeschränkten Revision fokussieren, vor grosse Herausforderungen. Dieser Beitrag geht den zentralen damit verbundenen Fragen in diesem Bereich nach. Die Sachverhalte und Aspekte werden dabei aus der Optik von KMU-Verhältnissen – welche durch den Anwendungsfall der eingeschränkten Revision und häufig auch durch die Inanspruchnahme des Opting-out geprägt sind – beleuchtet und mit konkreten Beispielen untermauert.

1.2 Grundfragen im Zusammenhang mit punktuellen Prüfungen

In Punkt 2 werden die wichtigsten Grundlagen und Aspekte im Spannungsverhältnis zwischen eingeschränkter Revision einerseits und punktuellen Prüfungsdienstleistungen andererseits dargestellt. Dabei geht es um die Fragen der **Zulassungsart**, der **Unabhängigkeit**, des **Prüfungsvorgehens** sowie des **Prüfungstestats**.

In Punkt 3 werden sodann einige Schwerpunkte aus einzelnen Bereichen von punktuellen Revisionen herausgegriffen. Im Rahmen dieses Beitrags wird dabei folgende Unterteilung vorgenommen:

- punktuelle Prüfungen anlässlich von Gründungen, Kapitalveränderungen sowie Liquidationen (Punkt 3.1);
- punktuelle Prüfungen bei Umstrukturierungen, das heisst bei Fusion, Spaltung und Umwandlung (Punkt 3.2);
- weitere punktuelle Prüfungen, hier am Beispiel der Aufwertungsprüfung (Art. 670 OR) und der Prüfung der Zwischenbilanzen gemäss Art. 725 OR (Punkt 3.3).

2. Grundlagen und einzelne Aspekte

2.1 Zulassungsart

In Bezug auf die Zulassungsart bestehen in grundsätzlicher Hinsicht Parallelen zwischen

den periodischen Abschlussprüfungen und den punktuellen Prüfungen. Allerdings: Gerade im Bereich der KMU, das heisst im Segment der eingeschränkt revisionspflichtigen Gesellschaften, werden diese Parallelen durchbrochen. Es bestehen bedeutende Unterschiede, die der KMU-Revisor zu beachten hat.

Soweit eine punktuelle Prüfung bei einem wirtschaftlich bedeutenden Unternehmen (sowie bei konsolidierungspflichtigen Gesellschaften) durchgeführt wird, muss der Prüfer stets als Revisionsexperte zugelassen sein. Als wirtschaftlich bedeutendes Unternehmen gelten solche, welche zwei der drei relevanten Schwellenwerte gemäss Art. 727 Abs. 1 Ziff. 2 OR (Fr. 20 Mio. Bilanzsumme, Fr. 40 Mio. Umsatz, 250 Vollzeitstellen im Jahresdurchschnitt) in zwei aufeinanderfolgenden Jahren überschreiten. Diese Gesellschaften müssen ihre Jahresrechnungen durch einen zugelassenen Revisionsexperten ordentlich prüfen lassen. Die Zulassungsart zwischen den periodischen Abschlussprüfungen sowie den punktuellen Prüfungen ist somit kongruent. Das Gleiche gilt sinngemäss auch eine Stufe höher: Publikumsgesellschaften müssen ihre Jahresrechnung gemäss Art. 727b OR durch ein staatlich beaufsichtigtes Revisionsunternehmen prüfen lassen. Analog dazu sind bei Publikumsgesellschaften ebenfalls sämtliche punktuellen Revisionsdienstleistungen durch staatlich beaufsichtigte Revisionsunternehmen zu erbringen.

Während somit bei den Grossunternehmen die Rechtslage zwischen Abschlussprüfungen und punktuellen Prüfungen einheitlich ist, bestehen im KMU-Bereich erhebliche Unterschiede. Die Qualifikation als zugelassener Revisor (analog der Unterstellung dieser Unternehmungen unter den Anwendungsbereich der eingeschränkten Revision) ist bei punktuellen Prüfungen nur partiell vorgesehen, während in einigen Prüfungsgebieten auch bei KMU die Zulassung als Revisionsexperte gefordert ist. Dies ist beispielsweise bei Kapitalherabsetzungen oder bei Umstrukturierungen der Fall.

Wichtig ist deshalb Folgendes: Diese Bereiche beinhalten erhebliche Risiken für Prüfer, welche über eine Zulassung als Revisoren verfügen. Vor Annahme eines Auftrags hat sich der Prüfer stets zu vergewissern, welche Zulassungsart dafür verlangt wird. Führt ein zugelassener Revisor eine Revision durch, welche von Gesetzes wegen einem zugelassenen Revisionsexperten vorbehalten ist, so kann dies nicht nur einen «Gesichtsverlust» gegenüber dem Kunden nach sich ziehen (zum Beispiel, weil der Handelsregistereintrag der geprüften Transaktion scheitert), sondern es drohen gegebenenfalls auch eine zivilrechtliche oder strafrechtliche Verantwortlichkeit und Sanktionen seitens der Revisionsaufsichtsbehörde. Der Revisions-

bericht enthält auch bei punktuellen Prüfungen eine explizite Bestätigung, dass der Revisor über die dafür notwendige Zulassung verfügt. Damit liegt eine Falschbeurkundung vor, welche den einwandfreien Leumund des Revisors in Zweifel zieht. Ein einwandfreier Leumund ist jedoch nicht nur Voraussetzung für die Erlangung, sondern auch für die Erhaltung der Zulassung durch die Revisionsaufsichtsbehörde. Fazit: Eine Fahrlässigkeit in diesem Bereich kann fatale Folgen nach sich ziehen.

2.2 Unabhängigkeit

Die Unabhängigkeit des Prüfers ist eine zentrale Voraussetzung für ein objektives und unbeeinflusstes Prüfungsurteil (beziehungsweise eine entsprechende Prüfungsaussage im Fall der eingeschränkten Revision). Dies gilt in gleichem Masse sowohl bei den periodischen Abschlussprüfungen als auch bei den punktuellen Prüfungen.

Die gesetzlichen Regelungen zur Unabhängigkeit sind in Art. 728 OR (ordentliche Revision) und in Art. 729 OR (eingeschränkte Revision) verankert. Wichtig ist: Es gelten die gleichen Anforderungen an die Unabhängigkeit sowohl bei der ordentlichen als auch bei der eingeschränkten Revision. Der Gesetzgeber macht für die eingeschränkte Revision lediglich Ausnahmen für das Mitwirken bei der Buchführung und das Erbringen anderer Dienstleistungen (Art. 729 Abs. 2 OR) sowie bei der Rotationspflicht des leitenden Revisors (Art. 730a Abs. 2 OR).

Die dargestellten Lockerungen bezüglich der Unabhängigkeit sind abschliessend. Im Bereich der punktuellen Prüfungen sind keine weiteren Ausnahmen vorgesehen. Der Unabhängigkeit ist somit auch bei der Annahme von punktuellen Prüfungsaufträgen bei KMU grosses Gewicht einzuräumen.

Gemäss den gesetzlichen Vorschriften erstreckt sich das Unabhängigkeitsgebot sowohl auf die **innere** als auch auf die **äussere** Unabhängigkeit. Das heisst, die Unabhängigkeit darf weder **tatsächlich** noch **dem Anschein nach** beeinträchtigt sein. Verstösse gegen die Unabhängigkeit dem Anschein nach sind nach demselben Massstab zu beurteilen wie Verstösse gegen die tatsächliche Unabhängigkeit. Die Einhaltung der Vorschriften zur Unabhängigkeit ist bei sämtlichen gesetzlich vorgeschriebenen Revisionsdienstleistungen für die Erfüllung der Zulassungsvoraussetzung des unbescholtenen Leumunds des Revisors bzw. des Revisionsexperten relevant.

Eine erhebliche Brisanz hat bei punktuellen Prüfungen auch die Sicherstellung des Verbots der Selbstprüfung, falls der Prüfer im Rahmen der Transaktion ebenfalls beratend mitwirkt. Dazu folgend ein kurzes Beispiel.

Beispiel: Beratung im Rahmen einer Sacheinlagegründung

Ein Treuhänder empfiehlt seinem Kunden, dessen Einzelunternehmen in eine Aktiengesellschaft zu überführen. Das Unternehmen weist ein geringes buchmässiges Kapital auf, verfügt jedoch in verschiedenen Positionen über stille Reserven. Es wird nun geplant, Umbewertungen in der Bilanz vorzunehmen, damit ein genügender Aktivenüberschuss für die Liberierung des Aktienkapitals vorliegt. Der Kunde überlässt den Entscheid, auf welchen Positionen welche Umbewertungen vorgenommen werden, seinem Treuhänder. Er regt lediglich an, dass der steuerplanerische Spielraum sinnvoll ausgeschöpft werden soll. Die Bilanz nach den getroffenen Umbewertungen bildet nun die Grundlage für die Sacheinlage. Da der Treuhänder den besten Überblick über die Sachlage hat, liefert er dem Notar die für die Vorbereitung der Gründungsdokumente notwendigen Informationen, insbesondere auch die relevanten Hinweise über den Inhalt des Gründungsberichts. Da vorliegend die neu gegründete Gesellschaft das Opting-out anwenden will, unterstellt der Treuhänder dieses Mandat keiner Risikoanalyse in Bezug auf die Einhaltung der Vorschriften zur Unabhängigkeit.

Schlussfolgerung: Hier besteht ein erhebliches Risiko. Wenn der Treuhänder im vorliegenden Fall für seinen Kunden die Rolle als Gründungsprüfer selber übernehmen sollte, so verletzt er das Verbot der Selbstprüfung. Die Unabhängigkeit ist tatsächlich verletzt. Eine derart enge Begleitung des Gründungsprozesses (wie vorliegend beschrieben) schliesst eine Rolle des Treuhänders als Gründungsprüfer aus.

2.3 Prüfungsvorgehen

Das Vorgehen bei punktuellen Prüfungen orientiert sich in erster Linie an den individuellen gesetzlichen Grundlagen, welche den jeweiligen Prüfungsauftrag wiedergeben. Ausgangspunkt für das Prüfungsvorgehen bei punktuellen Prüfungen ist damit die Erfassung des Prüfungsgegenstands sowie des Prüfungsziels, worauf sich der Prüfer auszurichten hat.

Beispiel 1: Gründungsprüfung

Im Rahmen einer AG-Gründung wird das Aktienkapital mit Sachwerten liberiert; zudem ist geplant, dass die Gesellschaft nach der Gründung von einem Aktionär eine Liegenschaft übernehmen wird. Es handelt sich vorliegend um eine qualifizierte Gründung. Zwecks Vereitelung eines Gründungsschwindschlags bzw. zum Schutz sowohl der Gesellschaft, der Aktionäre sowie der künftigen Gläubiger müssen die Gründer in einem

schriftlichen Bericht Rechenschaft über die Art und den Zustand der Sacheinlagen und der Sachübernahmen sowie über die Angemessenheit der Bewertung geben (Art. 635 OR).

Art. 635a OR hält nun die Rolle des Gründungsprüfers fest. Gemäss dieser Bestimmung prüft ein zugelassener Revisor den Gründungsbericht und bestätigt, dass dieser vollständig und richtig ist. Damit ist der Prüfungsgegenstand (Gründungsbericht) und der Prüfungsauftrag (Bestätigung der Vollständigkeit und Richtigkeit) klar. Um dieses Prüfungsziel zu erreichen, muss der Gründungsbericht sowohl formell als auch materiell geprüft werden. In formeller Hinsicht ist der Gründungsbericht korrekt, wenn er vollständig ist und alle vom Gesetz vorgeschriebenen Elemente enthält. Bei der materiellen Prüfung ist die Sacheinlagefähigkeit der jeweiligen Posten zu prüfen, und die Werte sind auf ihre Vertretbarkeit hin zu überprüfen.

Beispiel 2: Prüfung einer Kapitalherabsetzung

Eine Aktiengesellschaft will ihr Aktienkapital von Fr. 2 000 000 auf Fr. 1 000 000 herabsetzen. Gemäss Art. 732 Abs. 2 OR darf die Gesellschaft einen solchen Beschluss nur fassen, wenn ein zugelassener Revisionsexperte in einem Prüfungsbericht bestätigt, dass die Forderungen der Gläubiger trotz der Herabsetzung des Aktienkapitals voll gedeckt sind.

In diesem Fall nennt das Gesetz – anders als bei der Gründung – nicht einen expliziten Prüfungsgegenstand, sondern bezeichnet den Prüfungszweck. Zweck der Prüfung ist ein Nachweis, wonach die Forderungen der Gläubiger auch nach erfolgter Kapitalherabsetzung voll gedeckt sind. Im Mittelpunkt der Betrachtung steht somit der Gläubigerschutz. Um diese Bestätigung abgeben zu können, muss der Prüfer die Aktiven und Verbindlichkeiten in Bestand und Bewertung – aber auch die «Going-Concern-Prämisse» als Ganzes – prüfen.

Das Konzept der eingeschränkten Revision ist auf die periodische Abschlussprüfung beschränkt und bei punktuellen Prüfungen auch in KMU-Verhältnissen nicht anwendbar. Die Prüfungsansätze sind im Kern grundverschieden. Bei der eingeschränkten Revision sind die Risikoanalyse und die Bestimmung der Wesentlichkeit zentrale Grundlagen für die Prüfungsplanung; dies dient letztlich der Priorisierung von Prüfzielen und der professionell gestützten Einschränkung von Prüfungshandlungen. Demgegenüber muss die punktuelle Revision eine – bezogen auf den jeweiligen Prüfungsauftrag –

vollwertige Prüfung sein. Anders ausgedrückt: Die mit dem Konzept der eingeschränkten Revision verbundene tendenziell geringere Prüfsicherheit wäre bei punktuellen Prüfungen absolut unzureichend.

In Bezug auf die Prüfungshandlungen selber unterscheiden sich die eingeschränkte Revision und die punktuellen Prüfungen nicht wesentlich. Punktuelle Prüfungen umfassen in der Praxis hauptsächlich die **kritische Durchsicht und Beurteilung der relevanten Unterlagen** sowie die **Befragung von Verantwortungsträgern**. Es bestehen damit deutliche Parallelen zu einer eingeschränkten Revision, welche gemäss Art. 729a Abs. 2 OR aus analytischen Prüfungshandlungen, Befragungen und angemessenen Detailprüfungen besteht. Allerdings sind – im Gegensatz zur eingeschränkten Revision – bei den punktuellen Prüfungen die erwähnten Handlungen nicht abschliessend.

2.4 Prüfungstestat

Eine Prüfung wird mit der Berichterstattung abgeschlossen. Dies gilt unabhängig davon, ob es sich um eine periodische oder um eine punktuelle Prüfung handelt. In Punkt 2.3 wurde dargelegt, dass sich punktuelle Prüfungen nicht am Konzept der eingeschränkten Revision orientieren. Dies hat auch Auswirkungen auf die Berichterstattung.

Art. 729a Abs. 1 OR regelt die Aufgaben der Revisionsstelle bei der eingeschränkten Revision: Demnach prüft die Revisionsstelle, ob Sachverhalte vorliegen, aus denen zu schliessen ist, dass die Jahresrechnung sowie (gegebenenfalls) der Antrag über die Verwendung des Bilanzgewinns nicht den gesetzlichen Vorschriften und den Statuten entsprechen. Gestützt auf diese Umschreibung und damit auch Begrenzung von Gegenstand und Umfang der Prüfung mündet der Bericht in einer **negativ formulierten Prüfungsaussage**, wie diese im «Standard zur Eingeschränkten Revision» in Anhang F verankert ist und vom Berufsstand angewendet wird.

Ein solches Testat wäre bei punktuellen Prüfungen – auch bei eingeschränkt revisionspflichtigen Gesellschaften – unzureichend. Die gesetzlichen Bestimmungen verlangen bei punktuellen Prüfungen jeweils eine «Bestätigung». Anstelle einer negativ formulierten Prüfungsaussage (bei Anwendung der eingeschränkten Revision) tritt deshalb bei den punktuellen Prüfungen ein **positiv formuliertes Prüfungsurteil**. Während sich die Berichterstattung bei der eingeschränkten Revision nach dem Standard zur Eingeschränkten Revision richtet, liefert für die Berichterstattung bei punktuellen Prüfungen der PS 800 den konzeptionellen Rahmen. Die diesbezüglichen berufsständischen Anforderungen gehen dabei jedoch über die rechtlichen

Bestimmungen hinaus. So kommt es beispielsweise in der Handelsregisterpraxis im Kern auf die Bestätigung als solche (und nicht auf weitere deklaratorische Berichtsinhalte) an.

Es liegt in der Natur der Sache, dass die Testate im Rahmen von punktuellen Prüfungen ein **uneingeschränktes Prüfungsurteil** bedingen. Weist der Prüfungsgegenstand Mängel auf, welche nach Auffassung des Revisors zu einem eingeschränkten oder einem negativen Prüfungsurteil führen würden, so wird er dies mit dem Kunden besprechen und ihm aufzeigen, welche Änderungen notwendig sind, um ein uneingeschränktes Urteil abgeben zu können. Findet sich kein Konsens oder bestellt der Prüfkunde beispielsweise einen anderen Prüfer, so ist zu empfehlen, den Auftrag nicht einfach ohne Bericht «abzubrechen», sondern den Bericht mit der erforderlichen Einschränkung oder dem notwendigen negativen Urteil abzugeben. Mit einem solchen Vorgehen wird mindestens die pflichtgemässe Auftragsdurchführung dokumentiert.

3. Fragen aus der Praxis

3.1 Punktuelle Prüfungen anlässlich von Gründungen, Kapitalveränderungen sowie Liquidationen

Im Rahmen der betreffenden Tatbestände sind lediglich anlässlich von einfachen Gründungen beziehungsweise Kapitalerhöhungen (das heisst Barliberierung unter voller Wahrung der Bezugsrechte), in einem Sonderfall bei Kapitalherabsetzungen (nämlich bei gleichzeitiger Kapitalerhöhung im gleichen Ausmass) sowie anlässlich einer Liquidation (ohne Verfahrensverkürzung) keine punktuellen Prüfungen vorgesehen. In allen anderen Fällen sind punktuelle Revisionsdienstleistungen gefordert. Es handelt sich zusammengefasst um die folgenden Vorgänge:

- qualifizierte Gründungen (Sacheinlagen, beabsichtigte Sachübernahmen, Verrechnungsliberierung, Gewährung von Gründervorteilen);
- qualifizierte Kapitalerhöhungen (Vorgänge analog den qualifizierten Gründungen; zusätzlich die Tatbestände Kapitalerhöhung aus eigenen Mitteln sowie Einschränkung oder Aufhebung der Bezugsrechte);
- Kapitalherabsetzungen (jegliche Form, vorbehaltlich des Sonderfalls der gleichzeitigen Kapitalerhöhung im gleichen Ausmass);
- vorzeitige Verteilung des Liquidationserlöses.

In den vorliegenden Fällen – wie im Übrigen auch bei den Tatbeständen gemäss Punkt 3.2 nachstehend – spielt das Handelsregisterrecht und die entsprechende Praxis eine erhebliche Rolle. Grundvoraussetzung für eine hohe Qua-

lität der Prüfungsdienstleistung ist deshalb, dass der Revisor auch vertiefte Kenntnisse in diesem Bereich mitbringt.

Die Handelsregisterverordnung (HRegV) sieht vor, dass das Handelsregisteramt vor der Vornahme einer Eintragung prüfen muss, ob die rechtlichen Voraussetzungen dazu erfüllt sind (sog. Kognitionspflicht). Insbesondere muss das Handelsregisteramt prüfen, ob die Anmeldung und die Belege den von Gesetz und Verordnung verlangten Inhalt aufweisen und keinen zwingenden Vorschriften widersprechen (Art. 28 HRegV). In formeller Hinsicht ist diese Kognitionspflicht unbeschränkt. In materieller Hinsicht ist die Kognition des Handelsregisters beschränkt. Gemäss der Rechtsprechung des Bundesgerichts ist die Einhaltung jener zwingenden Gesetzesbestimmungen zu gewährleisten, die im öffentlichen Interesse oder zum Schutze Dritter aufgestellt sind. Da die punktuellen Revisionsdienstleistungen in den vorliegenden Fällen typischerweise zu den Gläubigerschutzbestimmungen gehören, sind diese für die Kognition von erheblicher Bedeutung. Dazu zur Illustration ein kurzes Beispiel.

Beispiel: Funktion der Prüfungsbestätigung

Anlässlich einer Sacheinlageprüfung bei der Gründung einer Aktiengesellschaft prüft ein zugelassener Revisor den Gründungsbericht. Nur wenn der Revisor ohne Einschränkung die Vollständigkeit und Richtigkeit bestätigt, wird der Handelsregistereintrag erfolgen. Anders ausgedrückt: Die Prüfungsbestätigung dient dem Handelsregister als klare, nicht auslegungsbedürftige Entscheidungsgrundlage für den anstehenden Handelsregistereintrag.

Die Grundhaltung des Prüfers ist tendenziell von einer wirtschaftlichen Betrachtungsweise geprägt. In der Handelsregisterpraxis dominiert jedoch die juristische Betrachtungsweise. Es ist deshalb von hoher Bedeutung, dass der Revisor die Auslegung der Handelsregisterämter kennt und diese im Interesse der Kunden als zwingende Rahmenbedingungen in seinen Prüfungsauftrag einbezieht, auch wenn er persönlich eine andere Auffassung hat.

Beispiel: Prüfung Liberierung des Aktienkapitals

Ein Einzelunternehmen soll in eine Aktiengesellschaft überführt werden. Die Aktiven betragen zu Buchwerten Fr. 500'000 und das Fremdkapital beträgt Fr. 400'000. Aus dem (buchmässigen) Aktivenüberschuss von Fr. 100'000 soll das Aktienkapital liberiert werden.

Das Einzelunternehmen hat auch die Fahrzeuge in Leasing bilanziert. Im letzten Jahr

wurden Leasingverträge im Barwert von Fr. 100'000 in die Bilanz aufgenommen (Buchung: Fahrzeuge in Leasing/Fremdkapital). Im gleichen Jahr wurden Fr. 20'000 Leasingraten fällig (Buchung: Fremdkapital/Liquide Mittel). Die Fahrzeuge wurden zudem mit 50% bzw. Fr. 50'000 abgeschrieben (Buchung: Abschreibung/Fahrzeuge in Leasing), obschon effektiv von einer Nutzungsdauer von 5 Jahren und somit von betriebsnotwendigen Abschreibungen von Fr. 20'000 ausgegangen wird.

Im Rahmen der Gründungsprüfung prüft der Revisor, ob das Aktienkapital vollständig liberiert wird. In wirtschaftlicher Hinsicht ist dies hier zweifellos der Fall. Der Aktivenüberschuss beträgt Fr. 100'000. Die Bilanzierung der Leasingverhältnisse führt sogar zu einer verdeckten Kapitaleinlage (nämlich im Umfang von Fr. 30'000). Trotzdem wird der Prüfer keine positive Prüfbestätigung abgeben, da sich die Handelsregisterpraxis nicht am Aktivenüberschuss als Ganzes orientiert. Vielmehr wird die Sacheinlagefähigkeit jeder Position als Einzelnes vorausgesetzt, was bei geleasteten Gegenständen an den fehlenden Kriterien Verfügbarkeit und Übertragbarkeit scheitert. Im Rahmen seiner Prüfung macht der Revisor somit den Kunden auf diesen Mangel aufmerksam. Unter Beachtung des Unabhängigkeitsgebots kann der Revisor seinem Kunden auch Vorschläge unterbreiten, wie der Mangel zu beseitigen ist.

Für die Gewährleistung einer hohen Prüfungsqualität braucht der Prüfer deshalb in solchen Fällen auch gute Kenntnisse der Handelsregisterpraxis. So muss er beispielsweise in Bezug auf Sacheinlagen anlässlich von Gründungen oder Kapitalerhöhungen die «kritischen» Bilanzpositionen kennen. Kritisch bedeutet, dass diese Bilanzpositionen als nicht sacheinlagefähig gelten oder die Positionen zumindest im Gründungs- oder Kapitalerhöhungsbericht mit vertiefteren Ausführungen untermauert sein müssen. Zu solchen «kritischen» Posten gehören beispielsweise (ausser dem vorerwähnten Beispiel der aktivierten Leasing-Güter) die folgenden Bilanzpositionen:

- Goodwill
- Rechnungsabgrenzungen
- Angefangene Arbeiten
- Gründungs- und Organisationskosten
- Feste Einrichtungen
- Einrichtungen in Mietobjekten
- Forschungs- und Entwicklungskosten

In solchen Fällen lohnt es sich gegebenenfalls, eine Vorprüfung durchführen zu lassen. Diesen Handlungsbedarf zu erkennen und dem Kun-

den zu empfehlen, kann auch zu einer kompetenten Erfüllung des Prüfungsauftrags gehören.

3.2 Prüfungen bei Umstrukturierungen

Während die Vorgänge Gründung, Kapitalveränderungen und Liquidation (Punkt 3.1 vorstehend) im Obligationenrecht (OR) verankert sind, werden die privatrechtlichen Aspekte anlässlich der Anpassung von rechtlichen Strukturen (Umstrukturierungen) in einem Spezialgesetz geregelt: Das Fusionsgesetz (FusG) sieht dabei drei Umstrukturierungstatbestände vor, nämlich Fusion, Spaltung und Umwandlung. Im Weiteren regelt das FusG ebenfalls das Institut der Vermögensübertragung, was im Zusammenhang mit punktuellen Prüfungsdienstleistungen jedoch eine geringere Relevanz hat.

Das FusG sieht bei den Umstrukturierungstatbeständen eine wichtige Rolle für die Prüfer vor. Im Unterschied zu den Tatbeständen gemäss Punkt 3.1 vorstehend steht bei den punktuellen Prüfungsdienstleistungen bei Fusion, Spaltung und Umwandlung nicht der Gläubigerschutz im Vordergrund. Vielmehr ist der Prüfungsauftrag deutlich weiter gefasst und setzt insbesondere den Gesellschafterschutz in den Fokus. Der konkrete Prüfungsauftrag ist in Art. 15 Abs. 4 FusG verankert. Demnach hat sich der Prüfer – im Falle der Fusion – in einem schriftlichen Bericht über folgende Punkte zu äussern:

- ob die vorgesehene Kapitalerhöhung der übernehmenden Gesellschaft zur Wahrung der Rechte der Gesellschafterinnen und Gesellschafter der übertragenden Gesellschaft genügt;
- ob das Umtauschverhältnis für Anteile beziehungsweise die Abfindung vertretbar ist;
- nach welcher Methode das Umtauschverhältnis bestimmt worden ist und aus welchen Gründen die angewandte Methode angemessen ist;
- welche relative Bedeutung gegebenenfalls verschiedenen angewendeten Methoden für die Bestimmung des Umtauschverhältnisses beigegeben wurde;
- welche Besonderheiten bei der Bewertung der Anteile im Hinblick auf die Festsetzung des Umtauschverhältnisses zu beachten waren.

Sinngemäss und mit Rückverweis auf die Fusionsprüfung ist auch die Spaltungsprüfung (Art. 40 FusG) geregelt. Die Umwandlungsprüfung ist separat in Art. 62 FusG geregelt: Hier ist kein Katalog mit einzelnen Prüfpunkten gefordert, sondern in Art. 62 Abs. 4 FusG ist nur das Prüfungsziel definiert. Demnach muss der Revisionsexperte prüfen, ob die Voraussetzungen für die Umwandlung erfüllt sind, insbesondere ob die Rechtsstellung der Gesellschafter nach der Umwandlung gewahrt bleibt.

Diese punktuellen Prüfungen bei Umstrukturierungen unterscheiden sich grundsätzlich von den punktuellen OR-Prüfungen gemäss

Punkt 3.1 vorstehend. Verlangt ist nicht ein kurzer Bestätigungsvermerk, sondern ein inhaltlich umfassender Bericht, welcher unter anderem auch dazu dient, die Rechtsstellung von Minderheitsgesellschaftern zu wahren beziehungsweise zu stärken.

In KMU-Verhältnissen ist die Konstellation jedoch meistens so, dass einfache und überschaubare Gesellschafterverhältnisse vorliegen. Entweder bestehen gar keine Minderheitsbeteiligte, deren Rechte besonders zu schützen wären, oder die Minderheitsbeteiligten werden unbürokratisch in angemessener Weise in den Umstrukturierungsprozess einbezogen. Damit sind die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme von Verfahrenserleichterungen vorhanden.

Sofern sämtliche Gesellschafter zustimmen, können kleine und mittlere Unternehmen (KMU) im Fusions-, Spaltungs- und Umwandlungsverfahren auf gewisse Erfordernisse eines ordentlichen Verfahrens verzichten: Zu dieser Verzichtsmöglichkeit gehört auch die Prüfung (das heisst die Fusions-, Spaltungs- oder Umwandlungsprüfung). Der Begriff KMU ist gleich definiert wie im Revisionsrecht: Wenn ein Unternehmen aufgrund der Schwellenwertdefinition nicht der ordentlichen Revision untersteht, so handelt es sich auch um ein KMU im Sinne des Fusionsgesetzes (Art. 2 lit. e FusG).

Da die Inanspruchnahme der dargestellten Erleichterungen der typische Fall in KMU-Verhältnissen ist, sind die eigentlichen Fusions-, Umwandlungs- und Spaltungsprüfungen bei eingeschränkt revidierenden KMU-Prüfern nicht sehr verbreitet. Trotzdem haben KMU-Revisoren auch in solchen Umstrukturierungen punktuelle Prüfungsaufträge zu erfüllen. Wir unterscheiden dabei die drei folgenden typischen Tatbestände, welche nachstehend kurz illustriert werden:

- punktuelle Prüfungen aufgrund der ersatzweisen Anwendung der Gründungs- und Kapitalerhöhungsbestimmungen gemäss OR;
- Prüfung der Umstrukturierungsbilanzen als solche;
- punktuelle Prüfungen im Hinblick auf den Gläubigerschutz.

Sofern die Verfahrenserleichterungen gemäss dem FusG in Anspruch genommen werden, verlangt die Handelsregisterpraxis alternativ die Einhaltung der Vorschriften zur Gründung oder Kapitalerhöhung. In diesem Fall entsprechen die punktuellen Prüfungen somit jenen gemäss Punkt 3.1 vorstehend. Dazu ein Beispiel.

Beispiel: Umwandlung gemäss FusG mit KMU-Erleichterung

Eine Kollektivgesellschaft soll in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden. Für die

Umwandlung sieht das Gesetz die folgenden Verfahrensschritte vor:

- 1) Umwandlungsplan
- 2) Umwandlungsbericht
- 3) Einsichtsverfahren
- 4) Umwandlungsprüfung
- 5) Umwandlungsbeschluss
- 6) Eintragung im Handelsregister

Es handelt sich um ein KMU, welches sämtliche Verfahrenserleichterungen in Anspruch nehmen will. Diese Verfahrenserleichterungen lassen einen Verzicht auf die Schritte 2 (Umwandlungsbericht), 3 (Einsichtsverfahren) sowie 4 (Umwandlungsprüfung) zu.

Ohne weitere Massnahmen wäre nun die Einhaltung der für die Errichtung einer Aktiengesellschaft notwendigen Vorschriften nicht mehr sichergestellt. Die Handelsregisterpraxis verlangt deshalb in diesen Sachverhalten «lückenfüllend» die Einhaltung der Vorschriften über die Gründung und Kapitalerhöhung; das heisst, die Sacheinlagevorschriften gemäss OR sind sinngemäss anwendbar. Das oberste Leitungs- oder Verwaltungsorgan muss in diesem Fall einen «Gründungsbericht» (analog Art. 635 OR) erstellen. Damit wird verhindert, dass der Rechtsformwechsel weniger strengen Anforderungen als die Gründung der Ziel-Rechtsform untersteht.

Hinsichtlich der Erstellung von Bilanzen im Rahmen von Umstrukturierungen bestehen differenzierte Vorschriften je nach Umstrukturierungsform. Auch bei Anwendung des Verzichts auf Prüfung aufgrund der KMU-Vereinfachung muss die Bilanz jedoch gegebenenfalls nach Massgabe der jeweiligen gesetzlichen oder statutarischen Revisionspflicht geprüft sein. Ohne gesetzliche beziehungsweise statutarische Revisionspflicht genügen auch ungeprüfte Bilanzen.

Im Weiteren sieht das Fusionsgesetz ebenfalls auf den Gläubigerschutz ausgerichtete punktuelle Prüfungen vor. In diese Kategorie fallen die folgenden Fälle:

- Prüfungen betreffend Verzicht auf das Gläubiger-Sicherstellungsverfahren
- Prüfung Zulässigkeit der Fusion im Falle von Art. 725 OR

Diese Prüfungen sind im gegebenen Fall auch durchzuführen, wenn im Rahmen der Anwendung der KMU-Erleichterung auf die Prüfung verzichtet wird.

Die Prüfungen gemäss Fusionsgesetz bedürfen – abgesehen von wenigen Sonderfällen – der Zulassung als Revisionsexperte. In diesem Bereich gehen die Anforderungen bei eingeschränkt revisionspflichtigen Gesellschaften folglich weiter als bei der periodischen Abschlussprüfung.

3.3 Weitere OR-Prüfungen

Ausser den Tatbeständen gemäss Punkt 3.1 vorstehend, welche die rechtliche Struktur der Unternehmen zum Gegenstand haben, sieht das Obligationenrecht weitere Fälle für punktuelle Prüfungen vor. Die in der Praxis wohl häufigsten Anwendungsfälle sind einerseits die Aufwertungsprüfung (gemäss Art. 670 OR) und andererseits die Prüfung der Zwischenbilanz(en) gemäss Art. 725 OR. Diese beiden Fälle werden anschliessend kurz beleuchtet.

Sofern die betroffene Gesellschaft eine Revisionsstelle bestellt hat, dürfte es den Regelfall darstellen, dass diese punktuellen Prüfungen durch die Revisionsstelle vorgenommen werden. Allerdings ist dies nicht zwingend, es kann auch ein anderer zugelassener Revisor beauftragt werden.

Etwas vertiefter zu betrachten ist der Sachverhalt, falls die Gesellschaft das Opting-out angewendet hat. Dazu wiederum ein kurzes Beispiel.

Beispiel: Aufwertungsprüfung

Eine Aktiengesellschaft (mit 8 Vollzeitstellen) hat das Opting-out angewendet. Der Treuhänder besorgt sowohl die Buchführung als auch den Jahresabschluss. Die Gesellschaft erlitt erhebliche Verluste und im Jahresabschluss wird nun der Tatbestand des Kapitalverlusts gemäss Art. 725 Abs. 1 OR ausgewiesen. Es handelt sich lediglich um eine buchmässige Unterbilanz, da die Gesellschaft über substantielle stille (Zwangs-)Reserven verfügt. Diese stillen Reserven sind durch externe Bewertungsgutachten nachgewiesen.

Um den Tatbestand des Kapitalverlusts und die damit verbundenen (im vorliegenden Fall unnötigen) Rechtsfolgen zu beseitigen, empfiehlt der Treuhänder seinem Kunden, eine Aufwertung im Sinne von Art. 670 OR vorzunehmen. Bei diesem Vorgang muss gemäss Art. 670 Abs. 2 OR ein zugelassener Revisor bestätigen, dass die gesetzlichen Vorschriften eingehalten werden. Da der Treuhänder über die Zulassung als Revisor verfügt, möchte der Kunde ihn mit dieser Bestätigung beauftragen.

Lösungsvorschlag: Der Treuhänder hat – analog dem Vorgehen bei einem Revisionsmandat – vor Annahme des Auftrags zu prüfen, ob nicht Ausschlussgründe vorliegen. Dies hängt bei den punktuellen Prüfungen vom gesetzlichen Prüfungsauftrag ab. Gemäss Art. 670 Abs. 2 OR hat der Revisor zu bestätigen, dass die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Dies erschöpft sich nicht nur in der Prüfung der Einhaltung der Bewertungsvorschriften (das heisst: Prüfung, dass keine Überbewertung vorliegt), sondern erstreckt

sich auch auf weitere Punkte (Prüfung Bewertungsobergrenze im Hinblick auf die Wiederherstellung der Kapitalsituation, gesonderter Ausweis der Aufwertungsreserve, Angabe im Anhang). Bei den erwähnten Prüfpunkten besteht für den Treuhänder mutmasslich das Risiko der Selbstprüfung. Er hat deshalb personelle und organisatorische Massnahmen zu treffen, um diese Risiken zu vermeiden. Er muss zudem sicherstellen, dass damit auch der Anschein der Selbstprüfung gebrochen werden kann. Wenn all dies nicht möglich ist, so ist die Aufwertungsprüfung durch einen anderen zugelassenen Revisor auszuführen.

Bei begründeter Besorgnis betreffend Überschuldung muss gemäss Art. 725 Abs. 2 OR eine Zwischenbilanz zu Fortführungswerten und/oder Liquidationswerten erstellt werden. Diese Zwischenbilanzen unterstehen ebenfalls der punktuellen Prüfungspflicht. Diese geprüften Zwischenbilanzen erfüllen entweder eine Funktion als Grundlage für die Benachrichtigung des Richters oder als eine Legitimation, von einer Benachrichtigung abzusehen, falls die Zwischenbilanzen die Überschuldung nicht ausweisen oder eine Überschuldung durch Rangrücktritte abgedeckt ist.

Es geht bei der Prüfung der Zwischenbilanzen gemäss Art. 725 OR nicht um eine integrale Prüfung sämtlicher relevanten Rechnungslegungsvorschriften, sondern lediglich um das Prüfungsziel «Feststellung des Vorliegens oder Nicht-Vorliegens der Überschuldung». Damit greift auch in diesen Fällen das Konzept der eingeschränkten Revision nicht. Die Grundlage für den Prüfer ist vielmehr PS 290. Hervorzuheben ist der Umstand, dass der PS 290 in klaren Fällen (was gerade bei KMU häufig ist)

flexible Vereinfachungen vorsieht. Ein vereinfachtes Verfahren ist unter folgenden Voraussetzungen möglich:

- Eine Sanierung und Fortführung der Gesellschaft ist möglich und beabsichtigt und die Überschuldung zu Fortführungswerten ist unbestrittenemassen kleiner als diejenige zu Veräusserungswerten (PS 290 Y) oder
- die Überschuldung ist offensichtlich und erheblich, Verwaltungsrat und Revisor sind sich darin einig und eine kurzfristige Sanierung und Weiterführung der Gesellschaft ist weder möglich noch beabsichtigt (PS 290 X).

Selbstredend muss die Revisionsstelle Mandate im Bereich von Art. 725 OR besonders konsequent begleiten. Allerdings: Eine erhöhte kritische Grundhaltung und Begleitung ist vom KMU-Treuhänder auch dann gefordert, wenn der Kunde beispielsweise das Opting-out anwendet und der Treuhänder somit nicht in der Verantwortung als Revisionsstelle steht. Es gehört in jedem Fall zu einer einwandfreien Beratungsqualität, den Kunden auf die Vorschriften des Art. 725 OR aufmerksam zu machen. Im gegebenen Fall entsteht deshalb in der Konsequenz auch eine gewisse «moralische» Pflicht, den Auftrag zur Prüfung der Zwischenbilanzen anzunehmen. In dieser Konstellation muss sich der Treuhänder jedoch einer spezifischen Risikosituation bewusst sein: Im Falle einer verschleppten Bilanzdeponierung durch den Verwaltungsrat hat der Überschuldungsprüfer die gleichen Anzeigepflichten wie die Revisionsstelle, falls kein Opting-out bestehen würde. Zwecks Minimierung der Haftungsrisiken muss deshalb bei Annahme eines solchen punktuellen Prüfungsauftrags das Mandat genau gleich überwacht werden, wie wenn das Amt als Revisionsstelle angenommen und im Handelsregister eingetragen worden wäre.

4. Schlussfolgerungen

Das Feld der punktuellen Revisionsdienstleistungen ist vielschichtig und anspruchsvoll. Wie dargelegt, drohen die unterschiedlichsten Risiken und Stolpersteine. Allein ein hohes Fachwissen in Verbindung mit entsprechender Praxiserfahrung bietet dem KMU-Revisor Gewähr für adäquate Prüfungsdienstleistungen. Durch das Schweizerische Institut für die Eingeschränkte Revision von TREUHAND|SUISSE werden die Berufsangehörigen auf vielfältige Weise darin unterstützt. ■

→ Schweizerisches Institut für die Eingeschränkte Revision (SIFER)

Das Schweizerische Institut für die Eingeschränkte Revision (SIFER) von TREUHAND|SUISSE wurde 2011 gegründet. Es behandelt hauptsächlich Themen aus dem Rechnungslegungs- und Revisionsrecht des Schweizerischen Obligationenrechts (OR). Es versteht sich als Dienstleister für Treuhänderinnen und Treuhänder und für Fachkräfte aus dem Wirtschaftsprüfungsbereich. Seine Schwergewichte liegen einerseits in der Aus- und Weiterbildung dieser Fachpersonen und andererseits in der aktiven Bewirtschaftung politischer Positionen.

«Die BusPro-Fibu können wir selber in fünf Minuten installieren.»

Uli Niederhauser, Unico Treuhand AG

Individuell anpassbar • freie Gestaltung von Bilanz und ER • unbeschränkt mandantenfähig • Fremdwährungen • Treuhand online

Gratis-Fibu & Infos: www.buspro.ch/treuhand

Genial einfach
– einfach genial!





Roberto Di Nino

expert-comptable dipl., expert-fiduciaire dipl., expert dipl.
 RL & Controlling, membre de
 l'Institut pour le contrôle restreint
 de FIDUCIAIRE|SUISSE
 GREVAG AG, Langenthal
 dinino@treuhandswisse-be.ch

Risques et pièges inhérents aux prestations de révision ponctuelles dans les PME

Les prestations ponctuelles en matière de révision (autrement dit lors de la création d'une entreprise, d'une restructuration, etc.) n'obéissent pas, dans les PME, au concept de contrôle restreint, d'où de grands défis pour les réviseurs de ces entreprises. L'article rend compte de certains problèmes rencontrés par les praticiens du contrôle restreint et en illustre les risques ainsi que les pièges par des exemples concrets.

1. Introduction

1.1 Exposé de la situation

Le 1^{er} janvier 2008 est entrée en vigueur la réforme de fond du droit de la révision, avec au cœur du nouveau dispositif la création d'un concept de révision en deux volets: le **contrôle ordinaire**, axé sur les grandes entreprises, et ce qu'il est convenu d'appeler le **contrôle restreint**, qui s'est établi entre-temps comme le système de «révision des PME». Par décision du Conseil fédéral du 31 août 2011, les seuils applicables à l'obligation de contrôle ordinaire ont été nettement relevés, ce qui a eu pour conséquence d'élargir le champ d'application du contrôle restreint. Cette extension de la portée du contrôle

restreint prend dûment en considération la nécessité d'une forme de révision praticable pour les moyennes entreprises.

Un autre élément a marqué cette réforme, à savoir l'instauration d'un agrément de l'Etat pour la fourniture de prestations de révision. La réalisation de contrôles restreints requiert l'agrément en qualité de **réviseur**, celle de contrôle ordinaire l'agrément en tant qu'**expert-réviseur** ou encore – dans le cas de sociétés ouvertes au public – l'agrément comme **entreprise de révision soumise à la surveillance de l'Etat**.

Mais attention: l'obligation d'agrément embrasse **toutes les prestations de révision prescrites par la loi**. En font partie non seulement la vérification périodique des comptes annuels

– que ce soit sous forme de contrôle ordinaire ou de contrôle restreint –, mais aussi les **prestations de révision dites ponctuelles**.

La différenciation entre les deux volets du concept de révision telle qu'elle s'applique à la vérification des comptes annuels – un contrôle ordinaire «rigoureux» et un contrôle restreint plutôt «libéral» – ne fonctionne pas de façon cohérente dans le domaine des révisions ponctuelles. En l'espèce, le dispositif du contrôle restreint ne recouvre pas suffisamment les exigences et les besoins. Ce qui expose à de grands défis les réviseurs de PME, qui, s'agissant de vérifications périodiques des comptes annuels, concentrent leur activité sur des mandats ressortissant du segment du contrôle res-

treint. Le présent article s'attache à soulever les questions fondamentales qui y sont liées. Les faits et les aspects sont traités ici dans l'optique de situations propres aux PME – marquées par l'application du contrôle restreint et, souvent, par le recours au droit de renonciation (opting-out) – et étayés par des exemples concrets.

1.2 Questions fondamentales à propos des révisions ponctuelles

Au point 2 sont exposés les principaux aspects de cette incohérence entre le contrôle restreint et les prestations de révision ponctuelles. Il s'agit de questions touchant au **type d'agrément**, à l'**indépendance**, au **processus de révision** et à l'**attestation de révision**.

Au point 3 seront évoqués quelques aspects particuliers des différents domaines d'application de la révision ponctuelle, en observant dans le présent article la subdivision suivante:

- révision ponctuelle en cas de création d'entreprise, d'augmentation/réduction de capital et de liquidation (point 3.1);
- révision ponctuelle en cas de restructuration, autrement dit de fusion, de scission et de transformation (point 3.2);
- autres révisions ponctuelles à l'exemple de la réévaluation (art. 670 CO) et du bilan intermédiaire visé à l'art. 725 CO (point 3.3).

2. Fondements et aspects

2.1 Type d'agrément

S'agissant du type d'agrément, il existe fondamentalement des parallèles entre la révision périodique des comptes annuels et les révisions ponctuelles. Toutefois, dans le contexte précis des PME, c.-à-d. du segment des sociétés assujetties au contrôle restreint, ces parallèles présentent des cassures. Il y a des différences importantes dont le réviseur de PME doit tenir compte.

Si la révision ponctuelle est menée dans une entreprise d'importance économique (ou dans une société soumise à consolidation), le réviseur doit toujours être agréé à titre d'expert-réviseur. On entend par entreprise d'importance économique une entreprise qui, au cours de deux exercices successifs, dépasse deux des valeurs fixées à l'art. 727 al. 1 ch. 2 CO (20 millions de francs de total du bilan, 40 millions de francs de chiffre d'affaires, 250 emplois à plein temps en moyenne annuelle). Ces sociétés sont tenues de soumettre leurs comptes annuels au contrôle ordinaire d'un expert-réviseur agréé. Le type d'agrément montre donc un alignement cohérent, une congruence, entre la révision périodique des comptes annuels et la révision ponctuelle. Il en va de même, par analogie, à l'échelon directement supérieur: les sociétés

ouvertes au public doivent, conformément à l'art. 727b CO, charger une entreprise de révision soumise à la surveillance de l'Etat de réaliser les contrôles. Il s'ensuit que toute prestation de révision ponctuelle doit être fournie par une telle entreprise.

Ainsi, alors que la situation juridique des grandes entreprises ne fait aucune distinction entre révision des comptes annuels et révision ponctuelle, il existe des différences considérables parmi les PME. La qualification de réviseur agréé (par analogie à l'assujettissement de ces entreprises au contrôle restreint) n'est prévue que partiellement pour les révisions ponctuelles, tandis que celle d'expert-réviseur est requise pour certaines opérations d'audit dans les PME. C'est le cas, par exemple, de réductions de capital ou de restructurations.

D'où l'importance de ceci: ces domaines recèlent des risques considérables pour les réviseurs agréés en cette qualité. Avant d'accepter une mission, le réviseur doit s'assurer constamment de la question de savoir quel est le type d'agrément requis en la circonstance. Lorsqu'un réviseur agréé exécute une mission réservée par la loi à un expert-réviseur agréé, il risque non seulement de perdre la face vis-à-vis du client (parce que, par exemple, l'inscription de la transaction en question au registre du commerce échouera), mais encore de faire l'objet de sanctions au civil et au pénal de la part de l'autorité de surveillance de la révision. Le rapport de révision contient, en cas de révision ponctuelle, une clause par laquelle le réviseur déclare explicitement disposer de l'agrément requis. En l'espèce, il y a donc faux dans les titres, ce qui jette un doute sur la réputation irréprochable du réviseur. Or une réputation irréprochable conditionne l'obtention mais aussi le maintien de l'agrément donné par l'autorité de surveillance. Conclusion: toute négligence dans ce domaine peut avoir des conséquences fatales.

2.2 Indépendance

L'indépendance du réviseur est un préalable essentiel à une opinion d'audit objective, à l'abri de toute influence. Cette règle vaut pareillement pour les révisions des comptes annuels et les révisions ponctuelles.

Les exigences d'indépendance sont ancrées aux art. 728 (contrôle ordinaire) et 729 CO (contrôle restreint): elles sont identiques pour l'un comme pour l'autre. Le législateur ne prévoit d'exception pour le contrôle restreint qu'en cas de collaboration à la tenue de la comptabilité et de fourniture d'autres prestations (art. 729 al. 2 CO) ainsi qu'à propos de l'obligation de rotation de la personne qui dirige la révision (art. 730a al. 2 CO).

«Der Vorstand soll versuchen, ein Blättchen in kurzer und knapper Form aufzustellen.»

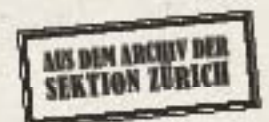
Der fachliche Austausch und die systematische Aktualisierung des Fachwissens waren seit Anbeginn wichtige Ziele von TREUHAND|SUISSE. Dank ihrer Grösse und vergleichsweise professionellen Strukturen nimmt die Sektion Zürich früh eine treibende Rolle ein. Schon 1974 lanciert sie das «Mitteilungsblatt», das bis 1985 viermal jährlich erscheint.



1986 erscheint erstmals die Zeitschrift mit dem Namen «Der Treuhand-experte». Die Redaktionsarbeit wird mehrheitlich durch Mitglieder der Sektion Zürich getragen. Bald darauf übernimmt die Sektion Zürich auch die Trägerschaft für den TREX – was sich bis heute nicht verändert hat.



Die inhaltliche Weiterentwicklung des TREX spiegelt sich auch im mehrfach angepassten Erscheinungsbild.



Les allègements évoqués en matière d'indépendance sont exhaustifs. Aucune autre exception n'est prévue dans le domaine des révisions ponctuelles. En conséquence, il y a lieu d'accorder une grande importance à la question de l'indépendance lors de l'acceptation de mandats de révision ponctuelle pour les PME.

Conformément à la loi, cette indépendance ne doit être restreinte **ni dans les faits, ni en apparence**. Toute infraction au devoir d'indépendance en apparence doit être jugée selon les mêmes critères que l'inobservation du devoir d'indépendance dans les faits. Les exigences d'indépendance, qui s'appliquent à toutes les prestations de révision prescrites par la loi, s'imposent pour répondre aux conditions d'agrément, et notamment à celle d'une réputation irréprochable du réviseur et de l'expert-réviseur.

Une autre question brûlante qui se pose lors de révisions ponctuelles est celle de la garantie d'interdiction pour le réviseur de vérifier son propre travail s'il fait office de consultant dans le cadre de la transaction. Voici à ce sujet un bref exemple.

Exemple: activité de conseil dans le cadre d'une constitution de société par apport en nature

Un agent fiduciaire recommande à son client de transformer sa société en nom propre en société anonyme. Cette entreprise fait état d'un faible capital comptable mais dispose de réserves latentes sous différents postes. Le plan consiste à procéder à des réévaluations au bilan, de manière à dégager un excédent d'actifs suffisant pour libérer le capital-actions. Le client laisse à son agent fiduciaire le soin de décider où procéder à ces réévaluations. Il lui suggère simplement d'exploiter judicieusement la marge de planification fiscale.

Après réévaluations, le bilan forme la base en vue de l'apport en nature. L'agent fiduciaire étant le mieux placé pour juger de la situation, il livre au notaire les informations requises pour la préparation des documents, et notamment les indications pertinentes sur le contenu du rapport de constitution de la société.

La société nouvellement constituée désirant faire jouer la clause *opting-out*, l'agent fiduciaire ne soumet ce mandat à aucune analyse du risque quant au respect du principe d'indépendance.

Conclusion: le risque, en l'espèce, est considérable. Si l'agent fiduciaire assume lui-même pour son client le rôle de réviseur de la fondation de la société, il violera l'interdiction qui lui est faite de vérifier son propre tra-

vail. Dans ce cas, le devoir d'indépendance n'aura pas été respecté dans les faits. Un accompagnement aussi étroit du processus de constitution de société (tel que celui décrit ici) exclut que l'agent fiduciaire joue le rôle de réviseur de l'opération.

2.3 Processus de révision

Le processus d'une révision ponctuelle obéit en premier lieu aux bases légales individuelles du mandat de révision. La première chose à faire lors d'une révision ponctuelle consiste donc à définir l'objet de l'audit mais aussi l'objectif que doit viser le réviseur.

Exemple 1: vérification d'une fondation

Dans le cadre de la création d'une SA, le capital-actions est libéré par des valeurs en nature; il est prévu en outre qu'une fois la société constituée, un actionnaire reprenne un immeuble. Il s'agit en l'espèce d'une fondation qualifiée. Pour faire échec à toute malversation ou, plus exactement, protéger à la fois la société, les actionnaires et les futurs créanciers, les fondateurs doivent rendre compte, dans un rapport écrit, de la nature et de l'état des apports en nature ou des reprises de biens et du bien-fondé de leur évaluation (art. 635 CO).

L'art. 635a CO détermine le rôle du réviseur de la fondation. Selon cette disposition, un réviseur agréé vérifie le rapport de fondation et atteste par écrit qu'il est complet et exact. Ainsi, l'objet de la révision (rapport de fondation) et le mandat de révision (attestation d'exhaustivité et d'exactitude) sont parfaitement clairs. Pour atteindre cet objectif, le rapport de fondation doit être vérifié sur la forme comme sur le fond. Sur le plan formel, il est correct dès lors qu'il est complet et contient tous les éléments prescrits par la loi. Sur le fond, il y a lieu de vérifier que chaque poste est apte à faire l'objet d'un apport en nature et que les valeurs en sont plausibles.

Exemple 2: vérification d'une réduction de capital

Une société anonyme veut réduire son capital-actions de 2 à 1 million de francs. Aux termes de l'art. 732 al. 2 CO, l'assemblée générale ne peut prendre une telle décision que si un expert-réviseur agréé confirme dans un rapport de révision que les créances sont entièrement couvertes par le capital-actions réduit.

En l'espèce, la loi – contrairement à une fondation – ne cite pas un objet explicite de révision mais précise la finalité de cette révision, à savoir la production d'une preuve que les créances resteront intégralement couvertes une fois la réduction de capital effectuée. C'est donc la protection des créanciers qui est

au cœur des préoccupations. Pour pouvoir remettre cette attestation, le réviseur doit vérifier si les actifs et les engagements sont correctement comptabilisés et évalués, mais aussi s'assurer de la continuité de l'exploitation.

Le concept de contrôle restreint se limite à la révision périodique des comptes annuels et ne s'applique pas aux révisions ponctuelles dans les PME. Les deux approches sont fondamentalement différentes. Dans le cas du contrôle restreint, l'analyse du risque et la détermination du caractère significatif sont les deux éléments sous-jacents à la planification de la révision et servent en définitive à fixer des priorités parmi les objectifs de l'audit et à restreindre les opérations de contrôle selon une appréciation professionnelle. A l'inverse, la révision ponctuelle doit – en fonction du mandat considéré – être exhaustive. Autrement dit, le niveau de sécurité qui entoure le concept de contrôle restreint serait totalement insuffisant pour des révisions ponctuelles.

S'agissant des opérations proprement dites, le contrôle restreint et les révisions ponctuelles ne présentent pas de disparités majeures. En pratique, les révisions ponctuelles portent essentiellement sur la **revue et l'appréciation critiques des documents pertinents** ainsi que sur l'**audition des responsables**. Voilà donc des parallèles manifestes avec le contrôle restreint, lequel consiste, en vertu de l'art. 729a al. 2 CO, en des auditions, des opérations de contrôle analytiques et des vérifications détaillées appropriées. Toutefois, contrairement au contrôle restreint, la liste des opérations à effectuer lors de révisions ponctuelles n'est pas exhaustive.

2.4 Attestation de révision

Une révision s'achève sur la remise du rapport, qu'il s'agisse d'une révision périodique ou ponctuelle. Nous avons vu au point 2.3 de cet article que les révisions ponctuelles ne sont pas alignées sur la conception du contrôle restreint. Voilà qui a des incidences sur le rapport.

L'art. 729a al. 1 CO régit les attributions de l'organe de révision en matière de contrôle restreint: l'organe de révision vérifie s'il existe des faits dont il résulte que les comptes annuels et (éventuellement) la proposition concernant l'emploi du bénéficiaire ne sont pas conformes aux dispositions légales et aux statuts. A partir de là et vu la limitation de l'objet et de l'étendue du contrôle, le rapport débouche sur une **opinion d'audit négative**, ainsi que le précise l'annexe F de la «Norme relative au contrôle restreint» et comme l'applique la profession.

Une telle attestation serait insuffisante à l'issue d'une révision ponctuelle, et ce, même pour une société soumise au contrôle restreint. Ainsi,

à l'opinion négative dans le cas du contrôle restreint se substitue une **opinion d'audit positive** dans le cas d'une révision ponctuelle. Tandis que le rapport sur le contrôle restreint obéit à la norme du même nom, c'est la NAS 800 qui fournit le cadre conceptuel du rapport sur les révisions partielles. Les exigences de la profession en la matière vont néanmoins plus loin que les dispositions légales. C'est ainsi que, selon la pratique des offices de registre du commerce, le rapport donne lieu à la délivrance de l'attestation en tant que telle et non pas à d'autres déclarations.

Il est dans la nature des choses que les attestations délivrées dans le cadre de révisions ponctuelles impliquent une **opinion d'audit sans réserve**. Si l'objet de la révision présente des lacunes conduisant, de l'avis du réviseur, à une opinion avec réserve ou négative, celui-ci s'en ouvrira au client et lui indiquera quelles sont les modifications à apporter pour qu'il puisse délivrer une opinion d'audit sans réserve. Faute de consensus, ou si le client désigne un autre réviseur, il est recommandable de ne pas interrompre simplement le mandat sans remettre de rapport mais de faire figurer dans le rapport l'opinion avec réserve ou l'opinion négative requises. Ce faisant, le réviseur apportera à tout le moins qu'il a mené sa mission dans le respect de ses devoirs.

3. Questions pratiques

3.1 Révisions ponctuelles de fondations de sociétés, d'augmentations ou de réductions de capital et de liquidations

Les cas dans lesquels aucune révision ponctuelle n'est prévue se résument à une simple fondation ou à une augmentation de capital (libération en espèces avec sauvegarde des droits de souscription), voire au cas particulier d'une réduction de capital en cas d'augmentation simultanée et de même ampleur ainsi qu'à une liquidation (sans réduction de la durée de la procédure). Tous les autres cas requièrent des prestations de révision ponctuelles. Pour résumer, il s'agit des démarches suivantes:

- fondation qualifiée (apport en nature, reprise de biens envisagée, libération par compensation, octroi d'avantages particuliers);
- augmentation de capital qualifiée (démarche analogue à celle de la fondation qualifiée avec en plus augmentation de capital par des fonds propres et restriction ou suppression des droits de souscription);
- réduction de capital (sous toute forme, sous réserve du cas particulier d'une augmentation simultanée et de même ampleur);
- répartition avant terme du produit de la liquidation.

Dans ces cas-là – comme dans ceux évoqués au point 3.2 ci-après –, le droit du registre foncier et sa pratique jouent un rôle essentiel. Aussi la condition préalable à une haute qualité de la prestation de révision est-elle que le réviseur possède des connaissances approfondies dans ce domaine.

L'Ordonnance sur le registre du commerce (ORC) dispose qu'avant de procéder à une inscription, l'office du registre du commerce doit examiner si les conditions prévues par la loi et l'ordonnance sont remplies (devoir dit d'examen). Il vérifie en particulier si la réquisition et les pièces justificatives ont le contenu exigé par la loi et l'ordonnance et ne contredisent pas de dispositions impératives (art. 28 ORC). Sur le plan formel, ce devoir d'examen est illimité. Sur le fond, l'examen du registre du commerce est restreint. Selon la jurisprudence du Tribunal fédéral, il y a lieu de respecter les dispositions légales impératives qui sont établies dans l'intérêt public ou en vue de la protection de tiers. Comme les prestations de révision ponctuelles font typiquement partie, dans les cas développés ici, des dispositions relatives à la protection des créanciers, celles-ci revêtent une importance considérable pour l'examen. Voici un bref exemple à titre d'illustration.

Exemple: fonction de l'attestation de révision

Lors du contrôle d'un apport en nature en relation avec la constitution d'une société anonyme, un réviseur agréé examine le rapport de fondation. La transaction ne sera inscrite au registre du commerce que s'il atteste sans réserve l'exhaustivité et l'exactitude de ce rapport. En d'autres termes, l'attestation de révision sert au registre du commerce de base de décision claire, c.-à-d. ne donnant pas lieu à interprétation, en vue de l'inscription.

L'attitude fondamentale du réviseur a tendance à être marquée par des considérations économiques. Mais dans la pratique des offices du registre du commerce, c'est l'aspect juridique qui domine. D'où l'importance pour le réviseur d'être conscient de la marge d'interprétation dont disposent les offices du registre du commerce et, dans l'intérêt des clients, d'intégrer cette donnée comme une condition impérative à sa mission, quand bien même il serait d'un avis différent à titre personnel.

Exemple: vérification de la libération du capital-actions

Il est prévu de transformer une entreprise en nom propre en société anonyme. Les actifs s'élèvent à 500 000 francs (valeur comptable) et les fonds de tiers à 400 000 francs. Le ca-

pital-actions doit être libéré par l'excédent (comptable) des actifs, soit 100 000 francs. L'entreprise en nom propre a fait figurer les véhicules au bilan sous la rubrique leasing. L'an dernier, des contrats de leasing d'une valeur en espèces de 100 000 francs ont été inscrits au bilan (écriture comptable: véhicules en leasing/fonds de tiers). La même année, 20 000 francs de remboursement de leasing étaient exigibles (écriture comptable: fonds de tiers/liquidités). En outre, les véhicules ont été amortis à raison de 50%, soit pour 50 000 francs (écriture comptable: amortissement/véhicules en leasing), bien que la durée d'utilisation porte effectivement sur 5 ans, ce qui correspondrait à un amortissement nécessaire à l'exploitation de 20 000 francs.

A la faveur du contrôle de la fondation, le réviseur vérifie si le capital-actions a été entièrement libéré. Du point de vue économique, c'est indubitablement le cas. L'excédent des actifs est de 100 000 francs. L'inscription des contrats de leasing au bilan se traduit même par un apport en capital occulte d'un montant de 30 000 francs. Malgré tout, le réviseur ne pourra pas délivrer d'opinion positive puisque l'office du registre du commerce, selon son usage, ne procède pas en référence à l'excédent global des actifs. Pour lui, au contraire, chacun des postes du bilan doit être apte à un apport en nature, ce qui, dans le cas d'objets pris en leasing, échoue à défaut des critères de disponibilité et de transférabilité. Dans le cadre de ses contrôles, le réviseur attirera donc l'attention du client sur cette lacune. Tout en veillant à son devoir d'indépendance, le réviseur pourra aussi soumettre à son client des propositions sur la manière d'éliminer cette lacune.

Ainsi, pour garantir une haute qualité de révision et faire face à de tels cas, le réviseur doit posséder de bonnes connaissances de la pratique des offices du registre du commerce: il s'agit notamment, dans le cas d'apports en nature lors d'une constitution de société ou d'une augmentation de capital, de connaître les postes «critiques» du bilan. Critique signifie en l'occurrence que ces postes sont considérés comme ne pouvant pas faire l'objet d'un apport en nature ou qu'ils doivent à tout le moins être étayés par des indications précises dans le rapport de fondation ou d'augmentation de capital. Parmi ces postes «critiques» (hormis l'exemple précédent de biens en leasing inscrits à l'actif du bilan), on trouve par exemple:

- le goodwill (survaleur),
- les comptes de régularisation,

- les travaux en cours,
- les frais de constitution et d'organisation,
- les installations fixes,
- les équipements situés dans des objets loués,
- les frais de recherche et de développement.

En présence de tels cas, il vaut la peine de faire procéder à un contrôle préalable. Identifier cette nécessité d'agir et la recommander au client peut également faire partie de l'exécution compétente d'une mission d'audit.

3.2 Vérification d'une restructuration

Alors que les processus de fondation, d'augmentation/réduction de capital et de liquidation (cf. point 3.1) sont ancrés dans le Code des obligations (CO), les aspects de droit privé concernant l'adaptation de structures juridiques (restructuration) sont régis par une loi spéciale, la Loi sur la fusion (LFus), qui règle trois éléments constitutifs d'une restructuration, à savoir la fusion, la scission et la transformation. Par ailleurs, la LFus régit le transfert de patrimoine, ce qui revêt toutefois une importance négligeable dans le contexte de prestations de révision ponctuelles.

La LFus réserve un rôle important au réviseur lors d'une restructuration. A la différence des cas évoqués au point 3.1, la protection des créanciers ne figure pas au premier plan de la révision ponctuelle liée à une fusion, une scission ou une transformation. Le mandat de révision a une portée nettement plus large et se concentre sur la protection de la société. Le mandat de révision concret est ancré à l'art. 15 al. 4 LFus, aux termes duquel le réviseur – dans le cas d'une fusion – expose dans un rapport écrit:

- si l'augmentation prévue du capital de la société reprenante est suffisante pour garantir le maintien des droits des associés de la société transférante;
- si le rapport d'échange des parts sociales ou le dédommagement est soutenable;
- selon quelle méthode le rapport d'échange a été déterminé et pour quelles raisons la méthode appliquée est adéquate;
- quelle a été l'importance relative donnée, le cas échéant, aux différentes méthodes appliquées pour déterminer le rapport d'échange;
- à quelles particularités, lors de l'évaluation des parts sociales eu égard à la détermination du rapport d'échange, il a fallu veiller.

La vérification d'une scission (art. 40 LFus) est régie par analogie à la vérification d'une fusion à laquelle, du reste, elle renvoie. La vérification d'une transformation est régie séparément à l'art. 62 LFus: ses dispositions ne requièrent pas de liste exhaustive des points à examiner mais se borne, à l'al. 4, à préciser la finalité de la

vérification. Selon ses termes, le réviseur doit vérifier si les conditions de la transformation sont remplies, en particulier si le statut juridique des associés est maintenu après la transformation.

Ces vérifications ponctuelles à mener lors de transformations diffèrent fondamentalement des révisions ponctuelles régies par le CO, qui font l'objet du point 3.1 du présent article. L'exigence porte non pas sur une attestation succincte mais sur un rapport complet destiné entre autres à préserver ou, plus exactement, renforcer le statut juridique des associés minoritaires.

Dans le contexte des PME, cependant, le statut des associés est simple et plus clairement défini. Soit il n'existe pas du tout d'associés minoritaires dont les droits devraient faire l'objet d'une protection particulière, soit ces associés minoritaires sont intégrés équitablement, sans formalités, dans le processus de restructuration. Les conditions d'un allègement de la procédure sont donc réunies.

Sous réserve de l'approbation des associés, les petites et moyennes entreprises (PME) peuvent renoncer à certaines des exigences de la procédure ordinaire en cas de fusion, de scission ou de transformation: il en va ainsi de la révision (autrement dit de la vérification de la fusion, scission ou transformation). Dans la LFus, le terme de PME est défini comme dans le droit de la révision: si l'entreprise n'est pas soumise au contrôle ordinaire en application des seuils prévus, c'est qu'il s'agit d'une PME au sens de la Loi sur la fusion (art. 2 let. e LFus).

Sachant que la sollicitation des allègements ainsi évoqués constitue une situation typique pour une PME, les vérifications proprement dites de fusions, scissions et transformations ne sont pas une pratique largement répandue parmi les réviseurs de PME assujetties au contrôle restreint. Il n'empêche que ces réviseurs ont à remplir des mandats de révision ponctuelle lors de telles restructurations. Nous distinguons trois éléments constitutifs typiques, que voici brièvement illustrés:

- révisions ponctuelles en application à titre substitutif des dispositions du CO relatives à la fondation et à l'augmentation de capital;
- vérification des bilans de restructuration en tant que tels;
- révisions ponctuelles à des fins de protection des créanciers.

En cas de recours aux allègements de procédure prévus par la LFus, la pratique des offices du registre du commerce requiert à titre d'alternative le respect des prescriptions en matière de fondation ou d'augmentation de capital. Dans ce cas, les révisions ponctuelles coïn-

cident avec celles évoquées au point 3.1 du présent article. En voici un exemple.

Exemple: transformation selon la LFus avec allègement pour les PME

Une société en nom collectif doit être transformée en société anonyme. La loi prévoit en l'espèce une procédure en plusieurs étapes, qui sont celles-ci:

- 1) projet de transformation,
- 2) rapport de transformation,
- 3) droit de consultation,
- 4) vérification du projet et du rapport de transformation,
- 5) décision de transformation,
- 6) inscription au registre du commerce.

Il s'agit en l'espèce d'une PME qui entend solliciter tous les allègements de procédure possibles. Ces allègements permettent de renoncer aux étapes 2 (rapport de transformation), 3 (droit de consultation) et 4 (vérification du projet et du rapport de transformation). Sans mesures supplémentaires, le respect des prescriptions relatives à la constitution d'une société anonyme ne serait plus assuré. C'est pourquoi, selon leur usage, les offices du registre du commerce exigent le respect «sans faille» des prescriptions concernant la fondation et l'augmentation de capital; en d'autres termes, les dispositions du CO relatives aux apports en nature s'appliquent par analogie. L'organe supérieur de direction ou d'administration est alors tenu de dresser un «rapport de fondation» (par analogie à l'art. 635 CO). Ainsi, le changement de forme juridique est soumis à des exigences moins rigoureuses que la constitution de la forme juridique visée.

S'agissant de l'établissement du bilan dans le contexte d'une restructuration, les prescriptions sont différenciées en fonction de la forme de cette restructuration. Même en cas de renonciation à la vérification que permettent les allègements consentis aux PME, le bilan n'en doit pas moins être vérifié dans le respect du devoir légal ou statutaire de révision. A défaut d'un tel devoir, un bilan non révisé suffit.

Par ailleurs, la Loi sur la fusion prévoit elle aussi des révisions ponctuelles axées sur la protection des créanciers. Cette catégorie inclut:

- les vérifications concernant la renonciation à la procédure de garantie des droits des créanciers;
- la vérification du caractère licite de la fusion dans le cas de l'art. 725 CO.

Ces vérifications s'imposent également lorsque la PME renonce à la révision en application des allègements prévus.

Les vérifications prévues par la LFus requièrent – sauf rares cas spéciaux – un agrément en qualité d'expert-réviseur. Dans ce domaine, les exigences applicables aux entreprises soumises au contrôle restreint vont plus loin que celles qui régissent la révision périodique des comptes annuels.

3.3 Autres cas de révision ponctuelle prévus par le CO

En dehors des circonstances évoquées au point 3.1 du présent article, qui ont pour objet la structure juridique des entreprises, le Code des obligations prévoit d'autres cas de révision ponctuelle. Les cas sans doute les plus fréquents sont, d'une part, la vérification d'une réévaluation (art. 670 CO) et, de l'autre, la vérification du bilan intermédiaire (art. 725 CO). Commentons brièvement ces deux cas.

Si la société concernée a mandaté un organe de révision, la règle veut que ces révisions ponctuelles soient menées par l'organe en question. Toutefois, cela n'est pas impératif, un autre réviseur agréé pouvant en être chargé.

Il convient d'examiner davantage en profondeur la situation dans laquelle la société a fait jouer la clause opting-out. Là encore, un court exemple.

Exemple: vérification d'une réévaluation

Une société anonyme (8 postes à plein temps) a fait jouer la clause opting-out. Son agent fiduciaire assure à la fois la tenue des livres et l'établissement des comptes annuels. Cette société a subi de lourdes pertes, d'où la mention dans les comptes de la perte de capital visée à l'art. 725 al. 1 CO. Il s'agit uniquement d'une perte comptable car la société dispose de réserves latentes (obligatoires) substantielles. Ces réserves latentes sont attestées par des expertises externes.

Afin d'éliminer cette situation de perte de capital et d'en prévenir les conséquences juridiques (au demeurant superflues dans le cas d'espèce), l'agent fiduciaire recommande à son client de procéder à une réévaluation au sens de l'art. 670 CO. Aux termes de l'art. 670 al. 2 CO, cette réévaluation ne peut intervenir que si un réviseur agréé atteste par écrit que les conditions légales sont remplies. L'agent fiduciaire étant agréé comme réviseur, le client voudrait le charger de délivrer l'attestation en question.

Solution proposée: avant d'accepter un mandat, l'agent fiduciaire est tenu – par analogie à la procédure applicable pour un mandat de révision – de vérifier s'il n'existe pas de motifs d'exclusion. Cela dépend, lors de révisions ponctuelles, du mandat de révision légal. Selon l'art. 670 al. 2 CO, le réviseur doit attester que

les conditions légales sont remplies. A cette fin, il lui incombe non seulement de s'assurer du respect des prescriptions d'évaluation (vérification de l'absence de surévaluation), mais de vérifier d'autres points (plafond de l'évaluation dans la perspective du rétablissement de la situation en matière de capitalisation, mention particulière des réserves de réévaluation, indications figurant dans l'annexe). Sur tous les points évoqués, le risque de vérification de son propre travail pourrait peser sur l'agent fiduciaire. Il lui appartient donc de prendre en matière de personnel et d'organisation toute mesure de nature à lui éviter ce risque, en apparence comme dans les faits. Si cela se révèle impossible, la vérification de la réévaluation devra être confiée à un autre réviseur agréé.

En cas de menace fondée de surendettement, l'art. 725 al. 2 CO dispose qu'un bilan intermédiaire doit être dressé à la valeur d'exploitation et/ou de liquidation des biens. Ce bilan intermédiaire est soumis lui aussi à l'obligation de révision ponctuelle. Une fois révisé, il fera office soit de base sur laquelle aviser le juge, soit de motif légitime de s'abstenir de l'aviser pour le cas où ce bilan intermédiaire ne ferait pas état d'un surendettement ou s'il apparaissait que ce surendettement est couvert par des actifs de rang subordonné.

La vérification du bilan intermédiaire au sens de l'art. 725 CO ne consiste pas à s'assurer du respect de toutes les prescriptions d'établissement des comptes mais uniquement à constater l'existence ou non d'un surendettement. Et là encore, le concept de contrôle restreint ne fait pas effet. C'est plutôt la NAS 290 qui dicte sa conduite au réviseur. A noter à ce propos que la NAS, lorsque la situation est claire (ce qui est souvent le cas pour une PME), prévoit une procédure simplifiée sous réserve de remplir les conditions suivantes:

- un assainissement de la société et une continuité de l'exploitation sont possibles et sérieusement envisagés et le surendettement aux valeurs d'exploitation est incontestablement plus faible que celui aux valeurs de liquidation (NAS 290 Y); ou
- le surendettement est manifeste et important et le conseil d'administration et le réviseur sont unanimes à dire qu'un assainissement de la société à court terme et la continuité de l'exploitation ne sont ni possibles ni envisagés (NAS 290 X).

Il va de soi que l'organe de révision doit accompagner d'une manière particulièrement cohérente les mandats relevant des dispositions de l'art. 725 CO. Toutefois, on attend également une attitude critique et cette cohérence de la part de l'agent fiduciaire d'une PME dès lors

que le client recourt à la clause opting-out et que, du coup, l'agent fiduciaire n'assume pas de responsabilité à titre d'organe de révision. En tout cas, c'est faire preuve de souci de qualité irréprochable du conseil que d'attirer l'attention du client sur les dispositions de l'art. 725 CO. Dans le cas d'espèce, la conséquence logique est d'accepter le mandat de vérification du bilan intermédiaire à titre de «devoir moral» en quelque sorte. Dans ces circonstances, l'agent fiduciaire doit cependant avoir conscience d'une situation spécifique au regard du risque: en cas d'attribution du conseil d'administration quant au dépôt de bilan et en l'absence de recours à la clause opting-out, le devoir d'aviser est le même pour le réviseur chargé de constater le surendettement que pour l'organe de révision. C'est pourquoi, afin de minimiser le risque de responsabilité, l'agent fiduciaire qui accepte un tel mandat de révision ponctuelle doit surveiller très attentivement sa mission, de la même manière que si le mandat avait été accepté en qualité d'organe de révision et inscrit au registre du commerce.

4. Conclusions

Le champ couvert par les prestations de révision ponctuelles est vaste et exigeant. Comme on l'a vu, ces prestations s'exposent aux risques et embûches les plus divers. Seules de solides connaissances professionnelles alliées à une grande expérience sont garantes de prestations adéquates pour le réviseur de PME. L'Institut suisse pour le contrôle restreint de FIDUCIAIRE[SUISSE] apporte son soutien de maintes façons aux membres de la profession. ■

→ Institut suisse pour le contrôle restreint (ISCOR)

L'Institut suisse pour le contrôle restreint (ISCOR) de FIDUCIAIRE[SUISSE] a été fondé en 2011. Il traite essentiellement des thèmes portant sur les règles applicables à l'établissement des comptes et à la révision selon le Code des obligations (CO). Il s'entend comme entité prestataire de services à l'intention des fiduciaires ainsi que des spécialistes issus du secteur de l'audit. Ses domaines d'activité principaux se situent, d'une part, dans la formation et la formation continue desdits spécialistes et, d'autre part, dans la gestion active de positions au plan politique.